

Rechtsanwaltskanzlei Frank Schöne

Rechtsanwaltskanzlei Frank Schöne, Cottbuser Straße 45, 03205 Calau

1/18-1S01

Frau
Saskia Ludwig
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Rechtsanwalt
Frank Schöne

03205 Calau
Cottbuser Straße 45

Telefon (03541) 23 72
Telefax (03541) 80 75 95

e-mail: ra.schoene.calau
@t-online.de

Calau, 08. Mai 2020

***Es gibt keinen Weg zum Frieden,
denn Frieden ist der Weg!***
(M. Gandhi)

1/18-1S01 ga
(Bitte stets angeben)
D1617-20

Sehr geehrte Frau Ludwig,

nie wieder Krieg war und ist eine Erkenntnis und Losung aus den leidvollen Erfahrungen der geschichtlichen Entwicklung im 20. Jahrhundert.

Unser wunderschöner blauer Planet ist übersät mit Kriegsdenkmälern und Gedenkstätten, die insbesondere den gefallenen Soldaten und vielen Millionen ziviler Opfer dieser Kriege gedenken. Diese Stätten der Mahnung und Trauer sind zugleich mit der Hoffnung und Forderung verbunden, dass Kriege aus unserer weiteren zukünftigen geschichtlichen Entwicklung ein für alle Mal verbannt werden.

Dennoch stehen wir erneut an der Schwelle eines dritten Weltkrieges mit all seinen vorhersehbaren Folgen. Die militärtechnische Entwicklung hat einen Stand erreicht, um in kürzester Zeit größere Bevölkerungsgruppen zu töten und ganze Landstriche unbewohnbar zu machen. Hierzu gehören nicht nur atomare Sprengköpfe, sondern auch biologische und chemische Vernichtungswaffen, sowie die Nutzung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse, um künstliche Naturkatastrophen hervorzurufen. All diese Waffenarsenale in einer Vielzahl von Staaten sind ausschließlich darauf ausgerichtet, den vermeintlichen Gegner „schnell, überraschend und effizient“, ohne große eigene Verluste zu vernichten oder zu unterwerfen.

Die Gefahr eines dritten Weltkrieges wächst exponentiell mit der ihrem Finale zusteuern den globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Der kausale Zusammenhang zwischen den hochkomplexen und vielschichtigen Ursachen unserer Finanz- und Wirtschaftskrise und der Gefahr eines erneuten Weltkrieges ist eine Erkenntnis mit dem Blick in die Geschichte, die uns die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten lässt.

I.

Um das Wesen und die Ursachen der militärischen Konflikte der Wirtschaftsembargos und Währungskriege sowie der Umweltzerstörungen und der aktuellen Bedrohungslage gegenüber Russland, China, Iran, Venezuela, der Kriege in Syrien, Afghanistan – um nur einige zu nennen - d.h. die allgegenwärtige Gewaltspirale auf unseren Planeten zu verstehen, bedarf es einer klaren Sicht/Erkenntnis der Wirtschafts- und Finanzmechanismen, die uns umgeben und unser Leben und die der Politik im Großen und kleineren Maßstab – auch die des Deutschen Bundestages - maßgeblich mitbestimmen.

Als Einstieg für diesen Themenkomplex gibt es kein besseres Zitat als das Nachfolgende:

„Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur von der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. 10% sicher, und man kann es überall anwenden, 20% es wird lebhaft, 50%, positiv und waghalsig, für 100% stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinem Fuß, 300% und es existiert kein Verbrechen, dass es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.“ (ein Zitat von P. J. Dunning, das Karl Marx in seinem Hauptwerk „Das Kapital“ bekannt machte) und bestätigt somit das Zitat Bertold Brechts in seinem Werk „Der unaufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“ – „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ Die Kernaussage gilt nach wie vor und hat eher noch an Bedeutung gewonnen, wie die aktuellen Wirtschaftsdaten/die Wirtschaftsentwicklungen seit der Veröffentlichung des Kapitals vor 172 Jahren von Karl Marx unter Beweis stellt.

Schneller denn je überschreitet das Kapital zum Zwecke seines existenziellen Fortbestands im ständigen Wettbewerb aller Marktteilnehmer nationale und kontinentale Grenzen, um gegenüber anderen Marktteilnehmern zu überleben/sie zu verdrängen/zu fusionieren und überziehen unseren Planeten in diesem gnadenlosen Konkurrenzkampf untereinander mit einem gigantischen Geflecht an Produktionsstätten, Verkehrsadern und Verkaufstempeln – selbst auf die Gefahr der Zerstörung unserer Umwelt, jahrtausendalter kultureller Besonderheiten einzelner Regionen auf unserem Planeten und der Ausbeutung der Fauna und Flora mit unabsehbaren Folgen/Konsequenzen.

Karl Marx formulierte dies in seiner wissenschaftlichen Schrift (Das kommunistische Manifest) wie folgt:

„Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen. Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeois-Epoche vor allen früheren aus. Alle festen, eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.“

Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.

Die Bourgeoisie hat durch die Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierte Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten, und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen

zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen von einander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut. Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich, und aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen bildet sich eine Weltliteratur.“

Wir sind Zeitzeugen dieser finalen Entwicklung, die Karl Marx bereits vor 172 Jahren so treffend beschrieben hat.

Die kapitalistische Gesellschaftsordnung hat in ihrer geschichtlichen Entwicklung nunmehr staatsmonopolistische Strukturen hervorgebracht, die ihres gleichen in der Geschichte suchen.

Unter diesem Blickwinkel ist auch die Innen- und Außenpolitik der USA als imperiale Hegemonialmacht zu analysieren. Der US-Geostratege Zbigniew Brzezinski führte in seinem Buch „Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ hierzu u. a. aus:

„Anders als frühere Imperien ist dieses gewaltige und komplexe globale System nicht hierarchisch organisiert. Amerika steht im Mittelpunkt eines ineinandergreifenden Universums, in dem Macht durch dauerndes Verhandeln, im Dialog, durch Diffusion und in dem Streben nach offiziellem Konsens ausgeübt wird, selbst wenn diese Macht letztlich von einer einzigen Quelle, nämlich Washington D. C., ausgeht.“

Dieser Entwicklungsprozess innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ist ursächlich/ Geburtshelfer gesellschaftlicher Widersprüche, globaler Konflikte bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit dem vordergründig, dieser Gesellschaft zu Grunde liegenden Ziel, der Profitmaximierung. Dies ist die Grundmatrix unserer aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung, die auf raffinierte Art und Weise dem Einzelnen in ihrer Grundstruktur im Großen und Ganzen aufgrund der globalen Komplexität und Vielschichtigkeit und einer unüberschaubaren Anzahl von theoretischen, ideologischen, religiösen Sichtweisen, die medial verbreitet werden, verborgen bleibt. Erschwert wird der Erkenntnisprozess durch eine Maschinerie an medialer Beeinflussung, die häufig darauf ausgerichtet ist, gezielt ihren Konsumenten Informationen zu präsentieren, die ihrer Sichtweise (ihrer Auftraggeber/Eigentümer) entsprechen, jedoch mit der objektiven Realität nicht oder nur teilweise kompatibel sind.

Als Bundestagsabgeordneter ist Ihnen die Struktur der informellen Kommunikation in Berlin, Brüssel und anderen Hauptstädten sicherlich hinlänglich bekannt. Einige von Ihnen haben sicher schon an Hintergrundgesprächen in Hintergrundkreisen teilgenommen. Es existiert ein umfassendes Geflecht, in dem Journalisten und Politiker Informationen austauschen und Absprachen über deren Gebrauch und dem Kontext/der Interpretation der Veröffentlichung treffen. Neben der informellen Kommunikation gibt es parallel eine formelle Kommunikation. In diesem Geflecht entstehen/bestehen Abhängigkeitsverhältnisse und es werden Vereinbarungen getroffen über Umfang und Kontext der Freigabe vertraulicher Informationen.

Gespräche (Vier-Augen-Gespräche im Rahmen exklusiver Hintergrundkreise) werden u. a. im Café „Einstein“ im Restaurant „Borchardt“, im „Cinque“ im „Bocca di Bacco“ und „Chez Moritz“ in Berlin geführt. Je nach politischer Ausrichtung und parteipolitischen Ebene/Hierarchie stehen Zirkel, wie Der Gelbe Kreis, Der Brückenkreis, Die Millionäre, Das Rote Tuch, Enklave, Das Kartell, Das Korrespondentenkollektiv KOKO, Der Dresslerkreis,

Der Provinzkreis, Berliner Zimmer, U30, Tacheles, Vino Rosso, Vier Sterne Kreis, Salon Wissen, Antenne, unter Ausschluss der Öffentlichkeit den Politikern und Journalisten im Rahmen ihrer konspirativen Treffen zur Verfügung.

Erklärlich wird daher auch, dass bei dieser Form der Informationspolitik (auch unter den inhaltlichen Vorgaben/Kriterien der Eigentümer/Aktionäre der Medien/Medienvertreter) es zu einer Gleichschaltung der Presse/der Medien zwangsläufig kommen muss mit dem Ergebnis einer bewusst herbeigeführten Fehl-/Desinformation. Hinlänglich wird in diesen Kreisen die Auffassung vertreten, dass der Souverän überfordert ist, die Zusammenhänge zu erfassen. Aufgrund dessen sind die Entstehung neuer Strömungen im politischen Segment unserer Republik, wie z.B. der Pegida oder der AfD, der Piraten usw., nicht verwunderlich, sondern eine Konsequenz dessen.

Der personelle Transfer von der Wirtschaft in die Politik und umgekehrt ist zwischenzeitlich gängige Praxis und ein Beleg für die Verschmelzung von Staat und Wirtschaft und der sie maßgeblich beeinflussenden Finanzstrukturen. Jüngstes Beispiel ist die Wahl Sigmar Gabriels (SPD Vorsitzender von 2009-2017) in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank wie sein prominenter Vorgänger, der ehemalige Bundeskanzler und Parteivorsitzende der SPD Gerhard Schröder (im Sprachgebrauch „Genosse der Bosse“) als Aufsichtsratsvorsitzender der Nord Stream AG (Ostsee-Pipeline) sowie Rosneft (russisches Mineralölunternehmen).

Für viele ehemalige führende Bundestagsabgeordnete ist der Sprung in hochdotierte Spitzenpositionen der Wirtschaft keine Gewissensfrage mehr, sondern eine logische Folge ihrer Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Die beiden ehemaligen Spitzenfunktionäre der SPD stehen lediglich als Synonym für eine große Anzahl von ehemaligen Volksvertretern aller etablierten Parteien des Bundestags.

II.

Der übermächtige Druck des Finanzkapitals und die rasant voranschreitende Verschuldung der USA haben 1971 dazu geführt, eine Vielzahl von Mechanismen für den Schutz der nationalen Währung aufzugeben. Auch in Deutschland gab es parallel Entwicklungen, die die Stabilität der D-Mark in Frage stellten. Alex Möller, als ehemaliger Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, war 1971 nicht mehr gewillt, die wachsenden Ausgaben/Forderungen nach immer größerer Verschuldung anderer Ministerien zu tragen und reichte daher am 12. Mai 1971 ein Rücktrittsgesuch beim Bundeskanzler ein, der dieses annahm.

Sein Nachfolger, Karl Schiller, reichte schon nach kurzer Zeit sein Rücktrittsgesuch ein, mit der Begründung: *„Ich bin nicht bereit, eine Politik zu unterstützen, die nach außen den Eindruck erweckt, die Regierung lebe nach dem Motto 'Nach uns die Sintflut'. Die Regierung hat die Pflicht, über den Tellerrand des Wahltermins hinauszublicken und dem Volk rechtzeitig zu sagen, was zu leisten und was zu fordern ist.“*

Beide Finanzminister und ihre Vorgänger kannten aus eigenem Erleben die verheerenden Auswirkungen einer verfehlten Geldpolitik und stellten somit zurecht eine sogenannte harte Währung in den Mittelpunkt ihrer Finanzpolitik. Diese wurde bereits vor Jahrzehnten gänzlich aufgegeben und fand ihren Höhepunkt in den unverantwortlichen finanzpolitischen Maßnahmen unter der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder.

Aktuell werden Konjunkturprogramme aufgrund der Corona-Pandemie in einer Größenordnung von einer halben Billion Euro den Völkern Europas aufgedrückt und dies ist nur ein Teil der bereits geplanten und noch folgenden exorbitanten Neuverschuldung der Staatengemeinschaft der EU. Dies gilt jedoch nicht nur für die EU, sondern für die Mehrzahl aller Staaten.

Diese Entwicklung wird letztendlich die Kluft zwischen arm und reich stetig weiter erhöhen, wobei die Anzahl der Wohlhabenden in Summe zwar steigt, jedoch in der Endphase eines Systemcrashs die Superreichen, die einzigen Profiteure dieser verfehlten Finanzpolitik sein werden.

Die Folge, dass die Stabilität des Finanzsektors trotz einer Vielzahl historischer Erfahrungen aufgegeben wurde, hat uns in eine Situation gebracht, die die Bundeskanzlerin u.a. wie folgt umschrieb: „...wenn man eine wirkliche Weltordnung haben will, eine globale politische Ordnung, dann wird man nicht umhin kommen, an einigen Stellen auch **Souveränität, Rechte an Andere !!!** abzugeben, d. h. dass andere internationale Organisationen uns dann bestrafen können, wenn wir irgendwas nicht einhalten.“ (Kollektive Bestrafung des deutschen Volkes bei Versagen der Bundesregierung)

Dieser beschriebene Entwicklungsprozess der EU-Staaten ist nicht das Produkt des Volkeswillen, sondern eine Forderung des Großkapitals in Europa und darüber hinaus.

Wer anderes behauptet, hat die Wirtschaftsmechanismen in unserer Gesellschaftsordnung in keinsten Weise verstanden oder verschweigt dem Souverän diese Tatsachen wissentlich.

Immer klarer werden die Konturen, wohin die Politik des lockeren Geldes führen wird. Die Vergemeinschaftung der Schulden ist ein weiterer Schritt/Baustein der Gesamtversklavung der Mehrzahl aller EU-Bürger, ohne dass diese es persönlich erkennen.

Der aktuelle Istzustand bestätigt auch die treffende Aussage Alfred Lansburghs:

„Wir leben im Zeitalter des organisierten Diebstahls; eines so raffinierten Diebstahls, dass der Geschädigte kaum merkt, wie er bestohlen wird, und der Dieb seine Finger gar nicht zu beschmutzen braucht, um fremdes Gut an sich zu bringen.“

Sehen Sie sich die aktuellen Vermögensdaten aller global agierenden Hedgefonds und Schattenbanken sowie die Aktienkurse der Firmen und Konzerne an, die an kriegerischen Auseinandersetzungen Maximalprofite erzielen und den Reichtum des 1% der Weltbevölkerung, die eine Vermögensmasse ihr eigen nennen, die der Vermögensmasse den anderen 99% der Weltbevölkerung entspricht. Sie werden jedoch in ihnen die geistigen Väter letztendlich die tatsächlichen Kriegstreiber in ihren Nadelstreifenanzügen erkennen. Trotz der Entwicklung nach Lehmann Brothers hat die Vermögensmasse der Vorgenannten astronomisch zugenommen und ihr Einfluss auf die Politik in allen Staaten ebenfalls massiv zugenommen. Hierfür werden alle zivilisatorischen Werte geopfert unter Nutzung einer massiven, verheerenden, medialen, kulturellen Einflussnahme, um das Denken und Handeln der Konsumenten und darüber hinaus aller Bürger unseres wunderschönen Planeten entsprechend ihrer Logik auszurichten.

Um ihre Absichten und wahren Ziele zu verschleiern, schließen sie sich in Geheimbünden zusammen und in Organisationen, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen, um ihre wahren Ziele, dem Blick, dem Wissen, der wahren Schöpfer materiellen Reichtums und ihrer Herrschaftspläne zu verbergen.

Dass dies keine Verschwörungstheorie ist, bestätigt u.a. eine Rede John F. Kennedys am 27. April 1961, in der er u. a. ausführte:

„Ich möchte über unsere gemeinsame Verantwortung im Angesicht einer Gefahr reden, die uns alle betrifft. Die Ereignisse der letzten Wochen haben vielleicht geholfen, diese Herausforderung für einige zu erhellen (to illuminate); aber die Dimensionen der Bedrohung waren seit Jahren am Horizont zu erkennen. Was auch immer unsere Hoffnungen für die Zukunft sind – diese Bedrohung zu reduzieren oder mit ihr zu leben –, es gibt kein Entkommen vor ihr, weder vor der Schwere noch der Totalität ihrer Herausforderung für unser Überleben und unsere Sicherheit – es ist eine Herausforderung, die uns auf außergewöhnliche Weise in jeglicher Sphäre menschlicher Aktivitäten konfrontiert. Diese tödliche Herausforderung stellt an unsere Gesellschaft zwei Anforderungen, die den Präsidenten und die Presse direkt betreffen – zwei Ansprüche, die fast widersprüchlich zu sein scheinen, die aber in Einklang gebracht und denen wir gerecht werden müssen, damit wir dieser nationalen und großen Gefahr begegnen können. Ich spreche zuerst über die Notwendigkeit weit größerer öffentlicher Information; und zweitens über die Notwendigkeit weit größerer amtlicher Geheimhaltung.

Allein das Wort Geheimhaltung ist in einer freien und offenen historisch Gegner von Geheimgesellschaften, geheimen Eiden und geheimen Beratungen.

Wir entschieden schon vor langer Zeit, dass die Gefahren exzessiver, ungerechtfertigter Geheimhaltung sachdienlicher Fakten die Gefahren bei Weitem überwiegen, mit denen die Geheimhaltung gerechtfertigt wird. Selbst heute hat es wenig Wert, den Gefahren, die von einer abgeschotteten Gesellschaft ausgehen, zu begegnen, indem man die gleichen willkürlichen Beschränkungen nachahmt.

Selbst heute hat es kaum Wert, das Überleben unserer Nation sicherzustellen, wenn unsere Traditionen nicht mir ihr überleben. Und es gibt die schwerwiegende Gefahr, dass ein verkündetes Bedürfnis nach erhöhter Sicherheit von den Ängstlichen dazu benutzt wird, seine Bedeutung auf die Grenzen amtlicher Zensur und Geheimhaltung auszuweiten.

Ich beabsichtige nicht, dies zu erlauben, soweit es in meiner Macht steht, und kein Beamter meiner Regierung, ob sein Rang hoch oder niedrig sei, zivil oder militärisch, sollte meine Worte von heute Abend als Entschuldigung dafür interpretieren, die Nachrichten zu zensurieren, Widerspruch zu unterdrücken, unsere Fehler zu vertuschen, oder von der Presse oder der Öffentlichkeit Fakten fern zu halten, die sie zu wissen begehren. Aber ich bitte jeden Herausgeber, jeden Chefredakteur und jeden Nachrichtenmann der Nation, seine Gepflogenheiten erneut zu untersuchen und die Natur der großen Bedrohung für unsere Nation wahrzunehmen.

In Zeiten des Krieges teilen Regierung und Presse für gewöhnlich das Bemühen, hauptsächlich auf Selbstdisziplin beruhend, nicht autorisierte Enthüllungen an den Feind zu vermeiden. In Zeiten von »deutlicher und präsenter Gefahr« haben selbst die Gerichte entschieden, dass sich sogar die privilegierten Rechte des ersten Verfassungszusatzes der nationalen Notwendigkeit öffentlicher Sicherheit unterordnen müssen. Heute ist jedoch kein Krieg erklärt worden – und wie heftig der Kampf auch sein mag, vielleicht wird er nie in traditioneller Weise erklärt werden. Unsere Lebensweise wird angegriffen. Jene, die sich

selbst zu unseren Feinden gemacht haben, schreiten rund um den Globus voran. Das Überleben unserer Freunde ist in Gefahr. Dabei ist bisher kein Krieg erklärt worden, keine Grenze wurde von Truppen überschritten, kein Schuss ist gefallen.

Wenn die Presse auf eine Kriegserklärung wartet, bevor sie die Selbstdisziplin unter Kampfbedingungen annimmt, so kann ich nur sagen, dass kein Krieg jemals eine größere Gefahr für unsere Sicherheit darstellte. Wenn Sie auf einen Beweis »deutlicher und präsenter Gefahr« warten, dann kann ich nur sagen, dass die Gefahr niemals deutlicher und ihre Präsenz niemals spürbarer war.

Es bedarf einer Änderung der Perspektive, einer Änderung der Taktik, einer Änderung der Mission – seitens der Regierung, seitens der Menschen, von jedem Geschäftsmann oder Gewerkschaftsführer und von jeder Zeitung.

Denn wir stehen rund um die Welt einer monolithischen und ruchlosen Verschwörung gegenüber, die sich vor allem auf verdeckte Mittel stützt, um ihre Einflussosphäre auszudehnen – auf Infiltration anstatt Invasion; auf Unterwanderung anstatt Wahlen; auf Einschüchterung anstatt freier Wahl; auf nächtliche Guerillaangriffe anstatt auf Armeen bei Tag.

Es ist ein System, das mit gewaltigen menschlichen und materiellen Ressourcen eine eng verbundene, komplexe und effiziente Maschinerie aufgebaut hat, die militärische, diplomatische, geheimdienstliche, wirtschaftliche, wissenschaftliche und politische Operationen kombiniert. Ihre Pläne werden nicht veröffentlicht, sondern verborgen, ihre Fehlschläge werden begraben, nicht publiziert, Andersdenkende werden nicht gelobt, sondern zum Schweigen gebracht, keine Ausgabe wird infrage gestellt, kein Gerücht wird gedruckt, kein Geheimnis wird enthüllt. Sie dirigiert den »Kalten Krieg« mit einer, kurz gesagt, Kriegsdisziplin, die keine Demokratie jemals aufzubringen erhoffen oder wünschen könnte...

Kein Präsident sollte eine öffentliche Prüfung seines Programms fürchten. Denn aus so einer Prüfung kommt Verstehen und vom Verstehen kommt Unterstützung oder Opposition und beides ist notwendig. Ich bitte Ihre Zeitungen nicht, die Regierung zu unterstützen, aber ich bitte Sie um Ihre Mithilfe bei der enormen Aufgabe, das amerikanische Volk zu informieren und zu alarmieren, weil ich vollstes Vertrauen in die Reaktion und das Engagement unserer Bürger habe, wenn sie über alles uneingeschränkt informiert werden. Ich will die Kontroversen unter Ihren Lesern nicht nur nicht ersticken, ich begrüße sie sogar.

Meine Regierung will auch ehrlich zu ihren Fehlern stehen, weil ein kluger Mann einst sagte, Irrtümer werden erst zu Fehlern, wenn man sich weigert, sie zu korrigieren.

Wir haben die Absicht, volle Verantwortung für unsere Fehler zu übernehmen, und wir erwarten von Ihnen, dass Sie uns darauf hinweisen, wenn wir das versäumen. Ohne Debatte, ohne Kritik kann keine Regierung und kein Land erfolgreich sein, und keine Republik kann überleben. Deshalb verfügte der athenische Gesetzgeber Solon, dass es ein Verbrechen für jeden Bürger sei, vor Meinungsverschiedenheiten zurückzuweichen, und genau deshalb wurde unsere Presse durch den ersten Verfassungszusatz geschützt. Die Presse ist nicht deshalb das einzige Geschäft, das durch die Verfassung spezifisch geschützt wird, um zu amüsieren und Leser zu gewinnen, nicht um das Triviale und Sentimentale zu fördern, nicht um dem Publikum immer das zu geben, was es gerade will, sondern um über Gefahren und Möglichkeiten zu informieren, um aufzurütteln und zu reflektieren, um unsere Krisen festzustellen und unsere Möglichkeiten aufzuzeigen, um zu führen, zu formen, zu bilden, und manchmal sogar die öffentliche Meinung herauszufordern. Das bedeutet mehr Berichte und Analysen von internationalen Ereignissen, denn das alles ist heute nicht mehr weit weg, sondern ganz in der Nähe und zu Hause. Das bedeutet mehr Aufmerksamkeit für besseres Verständnis der

Nachrichten sowie verbesserte Berichterstattung, und es bedeutet schließlich, dass die Regierung auf allen Ebenen ihre Verpflichtung erfüllen muss, Sie mit den bestmöglichen Informationen zu versorgen und dabei die Beschränkungen durch die nationale Sicherheit möglichst gering zu halten...

So ist es die Presse, die Protokollführerin der Taten des Menschen, die Bewahrerin seines Gewissens, die Botin seiner Nachrichten, in der wir Stärke und Beistand suchen, zuversichtlich, dass mit Ihrer Hilfe der Mensch das sein wird, wozu er geboren wurde: frei und unabhängig.“

Nun wird niemand behaupten wollen, dass John f. Kennedy ein Verschwörungstheoretiker war, sondern aufgrund seiner Herkunft, seiner intimen Kenntnisse als US-Präsident sehr wohl wusste, wovon er sprach.

Es sind diese im geheimen operierenden Kräfte in Zusammenarbeit mit den Medien, die aktuell die Wiege unserer Zivilisation zwischen Euphrat und Tigris zerstören sowie ein Chaos im Nahen und Mittleren Osten verursachen, Russland, China und weitere Staaten bedrohen im Schlepptau mit korrumpierten Politikern, Geheimdiensten und eines Militärapparates, vor dem der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower in seiner Abschiedsrede das US-amerikanische Volk ausdrücklich warnte und sich wie folgt erklärte:

"Wir waren dazu gezwungen, eine riesige Rüstungsindustrie aufzubauen....Die Verbindung, die das militärische Establishment und die gewaltige Rüstungsindustrie miteinander eingegangen sind, ist eine neue Erfahrung für die USA. Der totale Einfluss (dieser Verbindung) – in ökonomischer, politischer und sogar geistiger Hinsicht – ist in jeder Stadt, in jedem Parlamentsgebäude und in jedem Büro der Bundesregierung spürbar. ... Wir dürfen ihren gewaltigen Einfluss nicht unterschätzen. Er wirkt sich auf unser Arbeitsleben, unsere Ressourcen und unser Lebensart aus und natürlich auch auf die Struktur unserer Gesellschaft. ... Wir müssen uns vor unbefugtem Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes schützen – unabhängig davon, ob er beabsichtigt oder unbeabsichtigt ist. Das Potential für die katastrophale Zunahme fehlgeleiteter Kräfte ist vorhanden und wird weiterhin bestehen. Wir dürfen es nie zulassen, dass die Macht dieser Kombination unsere Freiheiten oder unsere demokratischen Prozesse gefährdet. Wir sollten diese nicht als gegeben hinnehmen."

Der militärisch-industrielle Komplex hat weltweit im Verbund mit dem Finanz- und Großkapital an Einfluss und Stärke seit dieser Rede massiv gewonnen, wie die Militärausgaben in den USA, Großbritannien, Deutschland usw. unter Beweis stellen. Hierfür bedarf es stetiger neuer Feindbilder und Kriege, auch mittels Söldnern/Terroristen, verdeckte Operationen „unter falscher Flagge“. Für Deutschland sei an die Skandale des BND unter dem Codenamen „Hades“ (Plutonium-Affäre), mit der die Beziehung zu Russland vergiftet wurde oder der Vorgang „Curveball“, der maßgeblich zu dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak beigetragen hat, erinnert.

Selbst in der aktuellen Situation- geprägt durch die sogenannte Corona-Pandemie – sind die Profite der Rüstungskonzerne - wie z.B. bei Rheinmetall Group - auch in Deutschland exorbitant. Gleiches gilt für die Global Player, wie Amazon, Google, Facebook usw. Folgt man der Spur des Geldes, so konzentriert sich dieses bei dem 1% der Superreichen, die zum einen ihr Vermögen als ökonomisches Druckmittel gegenüber einzelnen „unbequemen“ und ihrer

Linie nicht folgenden Staaten oder Personen und gleichzeitig zum Aufkauf einer sich in einer existenziellen Krise befindlichen Wirtschafts- und Infrastruktur nutzen.

Hierfür sprechen zweifelsfrei alle Zahlenwerke, die die Konzentration von ökonomischer Macht in immer weniger Händen zum Ausdruck bringen. Dies ist eine logische Folge der dieser Gesellschaftsordnung zugrunde liegenden Triebkräfte, wie sie Karl Marx vor 172 Jahre treffsicher beschrieben hatte.

Aktueller denn je ist festzustellen, dass der Ausverkauf der deutschen Wirtschaft und nicht nur der Dax orientierten Konzerne weiterhin an Fahrt gewonnen hat. Black Rock u.a. Finanzmagnate stehen bereits in den Startlöchern, um geschwächte Unternehmen mit ihren Billionen an Dollar-Vermögen zu Niedrigpreisen zu erwerben, wie sie es bereits in der Vergangenheit stetig getan haben, um ihre Profite zu maximieren.

Sofern Ihnen unser Planet Erde wahrhaftig am Herzen liegt – mit all seiner Vielfalt in Fauna und Flora – und unsere Zivilisation in seiner Gesamtheit mit der Chance der Entwicklung/Erlangung eines universalen Bewusstseins, kommt man nicht umhin, sich der Fesseln des uns alle versklavende Finanzsystem von Grund auf zu befreien und es zu sanieren. Zuallererst bedarf es eines globalen Schuldenerlasses, der Ausmerzungen aller Steueroasen und Schattenbanken, die sich jeglicher behördlicher/staatlicher Kontrolle entziehen und Schaffung eines soliden – frei von Zinsverpflichtungen – bestehenden Geldsystems, das seine Aufgaben dadurch verwirklichen kann, dass es zu seinen Jahrtausend alten Wurzeln zurück findet.

III.

Die finanzpolitischen Interessen der Globalplayer bedienen sich der Staaten und ihres Militärs, um ihre wirtschaftlichen Interessen mit Gewalt und Tod umzusetzen. Ich gehe davon aus, dass diese Aussage keiner weiteren Kommentierung bedarf. Im Einzelnen sei hierzu wie folgt kurz ausgeführt.

a)

An den Anfang der Ausführungen seien einige Kernaussagen aus der Rede des ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush im September 2001 gestellt, die meines Erachtens den erneuten Rüstungswettlauf/die Agenda der Errichtung einer neuen Weltordnung nach ihren Vorstellungen und den mit ihnen liierten und global agierenden Finanz- und Wirtschafts-„Eliten“ und Kriegsvasallen auf den Punkt bringen. Als symbolträchtige Kulisse/Ereignis wählte Bush medial wirksam 9/11. Wortwörtlich führte der designierte US-Präsident Bush u.a. aus:

„Am 11. September haben Feinde der Freiheit eine kriegerische Handlung gegen unser Land begangen ... Unser Krieg gegen den Terrorismus beginnt mit der Al-Qaida, aber er wird dort nicht enden... Unsere Antwort umfasst weit mehr als unmittelbare Vergeltung und einzelne militärische Schläge. Die Amerikaner sollten sich nicht auf eine Schlacht, sondern auf einen lang andauernden Feldzug einstellen, wie wir ihn bislang noch nicht erlebt haben. Dazu können bedeutende militärische Schläge gehören, die im Fernsehen zu sehen sein werden, und verdeckte Operationen, die selbst bei Erfolg geheim bleiben werden. Wir werden die Finanzquellen der Terroristen austrocknen, sie gegeneinander ausspielen, sie von Ort zu Ort jagen, bis es keinen Ort der Zuflucht oder der Ruhe mehr für sie gibt. Und wir werden Staaten verfolgen, die

ihnen Hilfe oder Unterschlupf gewähren. Jede Nation in jeder Region muss nun eine Entscheidung treffen. Entweder sind sie auf unserer Seite oder auf der Seite der Terroristen...“

Es ist kein Zufall, dass am 11. September 1990 der Vater von George W. Bush in einem freimaurischen Kontext - als ehemaliges „Skull and Bones“-Mitglied - vor beiden Kammern des Kongresses taggenau bereits 11 Jahre vor 9/11 von einer „New World Order“ sprach und in diesem Zusammenhang u.a. ausführte:

„Wir erleben heute einen einzigartigen und außergewöhnlichen Moment. So ernst die Krise am Persischen Golf ist, so bietet sie zugleich die Gelegenheit, zu einer Periode der Zusammenarbeit zu gelangen. Aus diesen schwierigen Zeiten kann unser fünftes Ziel – eine neue Weltordnung – hervorgehen: eine neue Ära – freier von der Bedrohung durch Terror, stärker im Streben nach Gerechtigkeit und sicherer in der Suche nach Frieden. Eine Ära, in der die Völker der Welt, Ost und West, Nord und Süd, prosperieren und in Harmonie leben können. Hunderte Generationen haben nach diesem schwer zu fassenden Weg zum Frieden gesucht, während tausende Kriege in der Zeitspanne menschlichen Bemühens wüteten. Heute ringt diese neue Welt um ihre Geburt, eine Welt, die anders ist als die, die wir bisher kannten. Eine Welt in der die Herrschaft des Rechts die Herrschaft des Dschungels ersetzt. Eine Welt, in der die Völker die gemeinsame Verantwortung für Freiheit und Gerechtigkeit erkennen. Eine Welt, in der der Starke die Rechte des Schwachen respektiert. Das ist die Vision, die ich mit Präsident Gorbatschow in Helsinki geteilt habe. Er und andere Führer Europas, am Golf und auf der ganzen Welt verstehen, dass die Art und Weise, wie wir heute die Krise lösen, der Zukunft kommender Generationen ihre Gestalt geben könnte.“

Am 29. Januar 2002 im Rahmen seiner Rede zur Lage der Nation diskreditierte der damalige US-Präsident George W. Bush sodann die Staaten wie Nordkorea, Iran und den Irak als die Achse des Bösen. Wörtlich führt er hierzu aus,

„Our second goal is to prevent regimes that sponsor terror from threatening America or our friends and allies with weapons of mass destruction. Some of these regimes have been pretty quiet since September the 11th. But we know their true nature.

North Korea is a regime arming with missiles and weapons of mass destruction, while starving its citizens.

Iran aggressively pursues these weapons and exports terror, while an unelected few repress the Iranian people's hope for freedom.

Iraq continues to flaunt its hostility toward America and to support terror. The Iraqi regime has plotted to develop anthrax, and nerve gas, and nuclear weapons for over a decade. This is a regime that has already used poison gas to murder thousands of its own citizens – leaving the bodies of mothers huddled over their dead children. This is a regime that agreed to international inspections – then kicked out the inspectors. This is a regime that has something to hide from the civilized world.

States like these, and their terrorist allies, constitute an axis of evil, arming to threaten the peace of the world.“

Nach Aussagen hochrangiger US-Militärs stand die „Achse des Bösen“ bereits im Weißen Haus und im Pentagon vor 9/11 fest. Fünf Staaten sollten nach dem Willen des Pentagon/ Weißen Hauses nach 9/11 zeitversetzt der Krieg erklärt werden.

Den präsidentialen Ausführungen beider Bushs folgte eine verheerende Außenpolitik, die bis zum heutigen Tag, d.h. seit 29 Jahren, andauert, mit bereits mehreren Millionen zivilen Opfern und permanent global ansteigenden Rüstungsausgaben und einer globalen perfektionierten Überwachung/Ausspähung auch zu Lasten des amerikanischen Volkes. Die souveränen Staaten, die der US-Präsident als die Achse des Bösen charakterisierte, sind einige der wenigen Staaten auf unseren Planeten, die sich noch außerhalb der Kontrolle/ Einflussnahme des global agierenden angelsächsischen Finanzsystems ganz oder teilweise selbständig behaupten.

Der 44. US-Präsident hat noch kurz vor dem Ausscheiden aus seinem Amt den seit 9/11 bestehenden Ausnahmezustand in den Vereinigten Staaten um ein weiteres Jahr aufgrund der desolaten (selbstverursachten) Sicherheitslage verlängert und dies wird auch weiterhin so bleiben. Es ist zu erwarten, dass Edward Snowden Recht behält, sofern er davon ausgeht, dass alle repressiven Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie auch zukünftig nicht zurückgenommen werden, sondern weiterhin Bestand haben.

b)

Seit über einem Jahrhundert sind der Nahe und Mittlere Osten und Nordafrika ein Spielball der imperialistischen Außenpolitik, primär der ehemaligen Kolonialmächte und nunmehr auch der USA. Mit Füßen wird die Wiege unserer Zivilisation getreten, aufgrund ihrer enormen Ressourcen an Erdöl und Erdgas. Hierfür stehen stellvertretend für eine Vielzahl von Kriegen und Namen in diesen Regionen Mohammad Mossadegh (1. demokratisch gewählter Präsident Irans, verantwortlich für die Verstaatlichung des einheimischen Erdölsektors), Gamal Abdel Nasser (Präsident Ägyptens/Verstaatlichung des Suezkanals).

Für Henry Kissinger und somit für die US-amerikanischen Eliten ist das Öl zu wichtig, um es - nach seinen Worten - den Arabern zu überlassen.

„The Region of the Persian Gulf will remain the gas station of the world economy“.

Die Begehrlichkeit um das in hoher Qualität leicht zu fördernde Erdöl und Erdgas sind hauptursächlich für die vergangenen und aktuellen Aggressionskriege/Regierungschänge und die hiermit einhergehenden verheerenden Sanktionen in diesen Regionen. Primär die USA beabsichtigen die Tankstelle der Welt als Hebel ihrer hegemonialen Weltherrschaft auch für den an Wert verlierenden Petrodollar zu nutzen und haben daher jeglichen Widersachern ihrer imperialen Politik den Krieg erklärt. Aleppo, Mossul, Rakka, Palmyra, das iranische Embargo, alle Invasionskriege, die Entstehung des IS und vieler weiterer Terrororganisationen stehen exemplarisch für eine Außenpolitik der USA und ihrer engsten Verbündeten, primär Israels, in dieser Region. Die verbrecherischen Stellvertreterkriege in Syrien und Irak haben bereits über eine Million Menschenopfer gefordert. Auch für Russland und China haben der Nahe und Mittlere Osten und Nordafrika eine äußerst wichtige geostrategische ökonomische Bedeutung und dies erklärt u. a. ihr militärisches/offensives politisches Engagement in der Region.

c)

An einigen wenigen Beispielen aus der näheren Vergangenheit sei aufgezeigt, wie die eskalierende Konfrontation ausgehend von den NATO Staaten und ihren Verbündeten auf der einen Seite und Russland und China und ihren Verbündeten auf der anderen Seite den Weltfrieden auf das Äußerste aktuell stärker denn je bedrohen.

Exemplarisch sei auf nachfolgende militärische Entwicklungen/Vorfälle verwiesen.

- Kampffjets (F16) und Soldaten der 510. Fighter Squadron trainierten 2015/2016 gemeinsam mit estnischen, schwedischen und finnischen Soldaten ca. 60 Meilen vor der russischen Grenze und wären in der Lage gewesen, in wenigen Minuten St. Petersburg zu erreichen. Es besteht auf der russischen Seite daher zu Recht die Befürchtung, dass die häufige/zunehmende Anwesenheit von US-Kampffjets, die in der Lage sind, Atomwaffen zu transportieren und einzusetzen im Baltikum zur Stationierung von Atomwaffen in der Nähe der russischen Grenze führen wird. Die dauerhafte Präsenz von hunderten US-amerikanischen Schützenpanzern, Kampfpanzern und Hubschraubern und anderer NATO-Mitgliedstaaten auf dem Territorium der Baltischen Staaten ist zu einer unwiderlegbaren Tatsache geworden.
- Der US-amerikanische Zerstörer „USS Lassen“ nebst Begleitschiffen fuhr provokativ in das Südchinesische Meer ein. Der bereits erwähnte Oberbefehlshaber der US-Pazifikflotte Admiral Harry Harris erklärte hierzu, dass die USA ihre Einsätze **„überall und zu jeder beliebigen Zeit durchführen“**.
- US-Bomber des Typs B52 ignorierten die Aufforderung chinesischer Militärs, den Luftraum um die umstrittenen Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer zu verlassen.
- Die NATO-Militärkontingents in den baltischen Staaten, Polen und Rumänien wurden innerhalb eines Jahres um das 8-fache vergrößert und die Mannstärke auf das 13-fache; Tendenz stetig steigend. Planmäßig werden in unmittelbarer Nähe der russischen Grenze zusätzliche hunderte Panzer, Schützenpanzer und Flugzeuge stationiert. Gleichzeitig wurde das US-Superradar GBR-P in Norwegen/Finnmark in Betrieb genommen. Unaufhörlich werden Rüstungsgüter der NATO-Mitgliedsstaaten zu Lande, zu Wasser und zur Luft in unmittelbarer Grenznähe zu Russland verlegt. Als Transitstrecken dienen hierfür primär die Schweiz, Österreich und Deutschland.
- Vorrangig auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland werden die Militärkontingente der US-Armee und weiterer NATO-Mitgliedstaaten kontinuierlich verstärkt/aufgerüstet. Im nordrhein-westfälischen Dülmen, dem ursprünglich größten Militärdepot der British Army in Europa, in dem auch Atomsprengköpfe, Kurzstreckenraketen und Artilleriegranaten gelagert wurden, wird in aller Eile aufgrund der strategischen Lage und idealen Anbindung an das örtliche Verkehrsnetz dieser Standort von der US-Armee umfassend als integraler Bestandteil der NATO-Speerspitze gegen Russland ausgebaut/modernisiert. Im großen Umfang wird Militärgerät über den Hamburger und Bremer Hafen aus den USA nach Europa verschifft. Ab dem 06. Januar 2017 wurden aus den vor Anker liegenden US-Frachter „Resolve“, „Freedom“ und „Endure“ u.a. 87 Kampfpanzer, 144 „Bradley“ Schützenpanzer, 18 Panzerhaubitzen M109A6 „Paladin“, 419 „Humvees“ (Geländefahrzeuge), 446 Kampffahrzeuge, 650 Anhänger und Auflieger und 907 Radfahrzeuge entladen. Am 29. Oktober 2016 trafen bereits im Hafen von Nordenham 600 US-Container mit Munition ein, die für die US-Armee und für die US Air Force bestimmt und bei Miesau im Kreis Kaiserslautern zwischengelagert und von hieraus verteilt werden. Ben Hodges – Kommandeur der US-Armee Europa in Wiesbaden - erklärte bei Ankunft des ersten Munitionszuges in Miesau, dass die reibungslose Abwicklung des Transports nur mit deutscher Unterstützung möglich war. Wortwörtlich führte er aus: *„Der Transport von Munition vom Hafen Nordenham per Bahn den weiten Weg nach Miesau konnte nur mit Erlaubnis unserer deutschen Verbündeten durchgeführt werden“* **„Deutschland trägt auch**

damit zur Abschreckung bei, dass es der US-Army erlaubt, Munition und Ausrüstung innerhalb Deutschlands zu befördern.“

- Im Rahmen des Eintreffens von Militärkriegsgerät der USA in Deutschland und dessen Überführung u. a. in die baltischen Staaten und Polen berichtete die Regionalzeitung „Lausitzer Rundschau“, dass ab dem 08. Januar 2017 und 2020 US-Panzer durch die Lausitz rollen.
- Zur Sicherung des Transports/der Logistik der eintreffenden US-Militärtechnik von Deutschland nach Osteuropa haben die Chefs der DB und der DB Cargo Dr. Grube und Dr. Wilder bereits im Oktober 2016 sich bereit erklärt, sich zu einem strategischen Dialog in Wiesbaden mit den US-Militärs zu treffen. Hochrangige US-Militärs (Hodges und Laubenthal) betonten, dass es im Krisenfall notwendig ist, schnell und ausreichend genügend Flachbett-Güterwagen zum Transport von Panzerbrigaden in Richtung Osten zur Verfügung zu stellen. Für 2017 und für die Folgejahre wurde seitens der US-Militärs ein erhöhter Bedarf angemeldet und von Seiten der DB erklärt, *„Wir freuen uns darauf, unsere Beziehungen noch zu vertiefen, und verpflichten uns dazu, was wir versprechen, auch einzuhalten. Details würden wir gern in einem speziell eingerichteten Workshop klären.“* Dies in Kenntnis der aktuellen politischen Weltlage.
- Sowohl im Schwarzen Meer als auch in der Ostsee werden NATO-Schiffsverbände immer häufiger gesichtet und planmäßig militärische Manöver abgehalten, um die Einkreisung und offenkundigen Provokationen gegenüber Russlands voranzutreiben, mit dem Ziel einer Verschiebung des Kräftegleichgewichts zu ihren Gunsten. Parallel wird ein monströses Feindbild Russlands und im pazifischen Raum die militärische Gefahr ausgehend von China, Russland und Nordkorea medienwirksam heraufbeschworen.
- Der „German Marshall Fund“ beinhaltet einen Maßnahmenkatalog einer 360°-NATO, d.h. eine strategische Ausrichtung in alle Richtungen, um vermeintlichen Bedrohungen mit geballter Kraft entgegenzutreten. Hierbei spielen die „ultraschnelle Eingreiftruppe“ sowie die stetige Rotation von Armeeeinheiten aller Waffengattungen – auch in unmittelbarer Grenznähe zu Russland - eine entscheidende Rolle. Die militärische Ausrichtung der NATO konzentriert sich verstärkt auch auf die Nord- und Südflanke in Europa und den Nahen Osten, zum Zwecke der Abschreckung bis hin zu einer äußerst gefährlichen Vorwärtsbewegung und einer durchgängigen Kampf-bereitschaft zusätzlich stationierter Bataillone von NATO-Truppen im Baltikum, Polen usw.
- Von erstrangiger militärischer/ökonomischer Bedeutung für die USA/NATO ist sowohl der hohe Norden/Arktis als auch die Antarktis, das World-Wide-Web/Cyberspace, die Intensivierung der strategischen Kommunikation, der Ausbau/Modernisierung des Atomwaffenarsenals, die Unterwanderung/die Abwendung einer Rückkehr Russlands und seiner Verbündeten als Sicherheitsgarant im Mittelmeerraum/Nahen Osten und die Untergrabung einer militärischen/ökonomischen Zusammenarbeit Syriens, des Irans, Chinas und Russland in diesen Regionen als auch global.

Die aktuelle Weltlage ist darüber hinaus gekennzeichnet durch wechselnde Allianzen, primär im Nahen und Mittleren Osten und sehr unscharfer Konturen unter den innerstaatlichen teilweise widerstrebenden Kriegsparteien in Syrien und im Irak.

- Der amtierende US-Verteidigungsminister James Mattis erläuterte bereits 2017 seinen 27 Amtskollegen, dass die NATO die fundamentale Basis für die USA und für die

transatlantische Gemeinschaft - der sie angehören – bleibt. Gleichzeitig wurde seinerseits nachgerückt folgende Forderung gegenüber den NATO-Bündnispartnern unmissverständlich gestellt.

„Wenn ihre Länder nicht erleben wollen, dass die USA ihr Engagement für dieses Bündnis verringern, muss jede Ihrer Hauptstädte Unterstützung für unserer gemeinsame Verteidigung demonstrieren.“

Dieser unmissverständlichen Erklärung folgte die Forderung nach konkreten Plänen, wie die NATO-Mitgliedstaaten ihre Militärausgaben zukünftig erhöhen werden. Er erinnerte die Bündnispartner daran, dass die Militärausgaben entsprechend des jeweiligen BIP auf 2 Prozent aufzustocken sind. Das selbstgesteckte Ziel aller NATO-Mitgliedstaaten erfüllen bisher lediglich das hochverschuldete Griechenland mit 2,4 %, Estland und Großbritannien mit 2,2 % und Polen mit 2%.

d)

Im aktuellen Weißbuch der Bundeswehr (2016) wurde die neue Militär-Doktrin Deutschlands definiert. Russland ist demnach nunmehr kein Partner der Bundesrepublik mehr, sondern gilt als „Rivale“. Erneut stellt sich die Bundesregierung mit ihrer Lageeinschätzung unmissverständlich auf die Seite der neokonservativsten Kräfte der USA, Großbritanniens und weiterer Verbündeter, um ihren ausdrücklich hervorgehobenen Beitrag „bei der Gestaltung der Neuen Weltordnung“ zu leisten. Hierfür stehen u.a. durch den Bundestag beschlossene Militäreinsätze in Irak, Syrien, Mali, und weiteren Staaten, einhergehend mit der die Aufstockung des Militäretats, die Neuanschaffung an Militärgerät, z. B. an Panzern des Typs Leopard 2 von 250 auf 328 und eine Vielzahl weiterer militärischer Modernisierungsmaßnahmen. Zur Vermeidung von unbequemen Fragen/Antworten zur aktuellen Außen- und Innenpolitik, meint die Verteidigungsministerin den Bundeswehrangehörigen einen Verhaltenskodex mit restriktiven Regeln im Umgang mit Parlamenten und Medien vorschreiben zu müssen und die ideologische Ausrichtung von innen, wie auch von außen maßgeblich im Sinne der herrschenden Miltiärdoktrin voranzutreiben.

Altkanzler Schröder empfahl trotz seiner verheerenden und eingestandenen Fehleinschätzung im Jugoslawienkrieg mit tausenden ziviler Opfer und seiner uneingeschränkten Solidarität im Kampf gegen den internationalen Terrorismus auch am Hindukusch, dass Deutschland und Frankreich ihre Ressourcen auch auf militärischen Gebiet vereinen/abstimmen sollten.

Im Gegenzug wurden u.a. auf russischem Territorium, in Weißrussland, der Enklave Kaliningrad und Kasachstans regelmäßig zeitgleich größere Manöver aller Waffengattungen angeordnet/abgehalten. Auch im pazifischen Raum kam es zu größeren militärischen Aktivitäten Russlands und Chinas zu Lande und zur See.

In allen NATO-Mitgliedsstaaten hat die Kriegsrhetorik, so auch in der Bundesrepublik Deutschland, massiv an Fahrt gewonnen.

Hervorzuheben sind rückblickend auch die Lageeinschätzungen und Ankündigungen des designierten NATO-Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen, der die Staats- und Regierungschefs der Nato-Mitgliedsstaaten bei ihrem Gipfel im September 2014 auf eine Dauerpräsenz der Truppen des Bündnisses in Osteuropa einstimmt und nunmehr bereits eine

Realität darstellt. Seine Nachfolger führen diesen Kurs der Konfrontation mit Russland und seinen Verbündeten unbeirrt fort.

e)

Unübersehbar ist die primär von neokonservativen Politikern der USA geschürte Kriegsvorbereitung und Kriegsrhetorik unter Einbindung Europas als Teil eines zukünftigen militärischen Kriegsschauplatzes mit unabsehbaren Folgen.

Die Bundesrepublik wäre in einem Militärkonflikt wie auch die USA und Großbritannien/letztendlich alle NATO-Mitgliedstaaten ein Primärziel der russischen Militärstrategie (auch für den Fall eines zu erwartenden/provozierten Präventivschlages). Sowohl der russische Präsident Putin als auch hochrangige Militärs der russischen Armee haben sich hierzu bereits mehrfach unmissverständlich erklärt und darauf hingewiesen, dass sie die Verursacher dieser Spannungen/Konflikte für den Fall einer militärischen Eskalation bekämpfen/eliminieren würden.

Deutschland wäre schon aufgrund der für die US-Army strategisch äußerst wichtigen Militärstützpunkte auf seinem Territorium, wie z. B. in Ansbach, Bamberg, Baumholder, Böblingen (Hauptquartier der United States Marine Corps Forces Europe (USMARFOREUR), das Bruchmühlbach-Miesau Army Depot, Büdingen, Darmstadt, Dexheim, Gießen-Friedberg, Grafenwöhr (Truppenübungsplatz), Germersheim (Zentrallager), Hohenfels Joint Multinational Readiness Center (JMRC), Hanau, Heidelberg, Illesheim, Kaiserslautern, Landstuhl – das Landstuhl Regional Medical Center, Mannheim – die US-Garnison Mannheim, Ramstein - Ramstein Air Base/AFRICOM, Schweinfurt, Spangdahlem - Spangdahlem Air Base, Stuttgart - United States European Command, Vilseck und Wiesbaden - Wiesbaden Army Airfield und viele weitere ebenfalls ein **Primärziel der russischen präventiven/offensiven militärischen Ausrichtung, d.h. im Visier russischer Interkontinentalraketen/Hyperschallraketen.**

Ramstein war laut einer Erklärung des ehemaligen Air Force General Charles F. Wald, Stellvertreter des ehemaligen Oberbefehlshabers Jones (EUCOM) im August 2003

“entscheidend am Erfolg der Operation Enduring Freedom und dem Irak-Einsatz beteiligt“ und führte ergänzend aus **„Ramstein war wesentlich für den Erfolg der Operationen 'Enduring Freedom, und 'Iraqi Freedom,. Viele Versorgungsflugzeuge landeten in Ramstein, das über eine exzellente Infrastruktur verfügt, und wir haben großartige Beziehungen zu Deutschland. Es macht viel Sinn, Plätze wie Ramstein, Spangdahlem und Moron (Spanien) offen zu halten, denn sie verfügen über große Landebahnen, mit denen man eine große Zahl von Flugzeugen abfertigen kann... Was wir bei Ramstein zum Beispiel schätzen ist, dass ein strategisch wichtiger Flug möglich ist, ohne dass wir den Transporter auftanken müssen. Man kann in den Staaten starten und ohne aufzutanken in Ramstein landen.“**

Alleinig unter Zugrundelegung dieser Ausführungen/Fakten ist die Bundesrepublik Deutschland im völkerrechtlichen Sinne mitschuldig an den Kriegsverbrechen, u.a. im Irakkrieg.

Ramstein ist gleichzeitig eine Drehscheibe der US geführten Drohnenangriffe in einer Vielzahl von Staaten.

Am 30. November 2016 fand eine Fragestunde zur Beteiligung der US-Basis in Ramstein oder Stuttgart am US-Dohnenkrieg in Ihrem Hause statt. Die Feststellungen im Rahmen dieser Anhörung sind vom Grundsatz nicht neu, unterstreichen jedoch, dass die Bundesregierung detaillierte Kenntnis darüber besitzt, dass die globalen Kommunikationswege der USA zur Unterstützung unbemannter Luftfahrzeuge Fernmeldepräsenzpunkte in Deutschland einschließen, von denen aus Signale weitergeleitet werden. D.h. die SATCOM-Relaisstation auf der U.S. Air Base in Ramstein ist integraler Bestandteil der Planung, Steuerung, Überwachung und Auswertung der Drohnenangriffe der US-Army im globalen Maßstab.

Bereits in einer rechtlichen Stellungnahme an Sie im Zusammenhang mit einer Entscheidung der Bundestagsabgeordneten über die Entsendung von Bundeswehrangehörigen und Kriegsgerät nach Syrien habe ich Sie über nachgerückt folgenden Sachverhalt informiert.

„Das Oberkommando AFRICOM dient bekanntlich dem US-Militär auch als Relaisstation für die Funkverbindung nach Nevada, von wo aus in der Mehrzahl der Fälle, die Drohnen gesteuert/ navigiert werden. Das Starten und Landen der Drohnen wird von US-Militärs im Kriegsgebiet von einer „Ground Control Station (GCS)“ umgesetzt. Es besteht eine Funk-/ Satellitenverbindung zwischen dem Einsatzort Ramstein und Nevada. 2010/2011 hat die US – Luftwaffe eine „SATCOM Relais Station“ für Ramstein ausgeschrieben, zum Zweck der Modernisierung/Perfektionierung der Flüge ihrer Kampfdrohnen. In einem entsprechenden Dokument hierzu heißt es u.a.: *„The construction of a Satellite Antenna Relais facility and compound is required in order to support remote controlled aircraft command links, connecting CONUS – based ground control stations/ mission control elements with AUS aircraft in the AOR. Therefore completion of this project will satisfy the longterm SATCOM Relay requirements for Predator, Reaper and Global Hawk, eliminating current temporary set – ups.“*

Daher kann zweifelsfrei davon ausgegangen werden, dass Auswertungen militärischer Einsätze von Drohnen in Deutschland seitens der zuständigen US-Militärs erfolgen.“

Dass diese militärischen Einsätze (targeted killing) nicht völkerrechtskonform sind, dürfte außer Frage stehen. Seit Jahrzehnten werden jedoch Kriegshandlungen von Ramstein aus von den jeweiligen amtierenden Bundesregierungen geduldet/unterstützt. (logistisch, finanziell, informell). Somit wurde/wird sowohl innerstaatliches Recht als auch Völkerrecht gebrochen.

Drohneneinsätze (das automatisierte Töten) verstoßen selbst gegen das US-amerikanische Recht, explizit gegen den 5. Verfassungszusatz der USA, der besagt, dass niemandem „ein angemessenes Verfahren versagt werden darf“.

Die Eliminierung vermeintlicher Terroristen mittels Drohnen dient als Deckmantel, eigenes Unrecht (Staatsterrorismus) zu kaschieren, d. h. die Aufklärung der wahren Hintergründe/Ursachen von Sprengstoffanschlägen, Kriegen, Massakern an Zivilisten zu verhindern (keine Angeklagten, keine Zeugen, keine Gutachten, keine rechtliche Würdigung, keine Mittäter, keine Ursachenbewältigung).

Aktuell wird weltweit eine Vielzahl von Drohnenstützpunkten neu errichtet oder erweitert (Bau einer Vielzahl von Hangars für Drohnen auch in Deutschland). Diese verheerende „Sicherheitspolitik“ hat zur Folge, dass sich seit 9/11 der global agierende, oftmals von Geheimdiensten gesteuerte/finanzierte Terrorismus nicht eindämmen ließ, im Gegenteil sich massiv personell und territorial ausgeweitet hat, wobei nochmals ausdrücklich darauf hinzuweisen ist, dass er von einer Vielzahl von Staaten, so auch von den USA/deren Geheimdiensten, in allen Belangen seiner Existenz zur Verwirklichung der angestrebten Ziele unterstützt wird (Staatsterrorismus unter falscher Flagge). Ungeachtet dessen gilt nach dem universellen Resonanzprinzip: *„Wer Wind sät, wird Sturm ernten“*.

Für das völkerrechtswidrige US-Drohnenprogramm ist nach Aussagen von Brandon Bryant, einem ehemaligen US-Air-Force-Drohnenoperator, der persönlich über 5 Jahre in New Mexico und Nevada an Drohneneinsätzen im Irak, Afghanistan, Pakistan, Jemen und Somalia beteiligt war, die US-Basis in Ramstein unverzichtbar. Wörtlich führt er in einem Interview aus:

„Jede Information und alle Daten gehen durch Ramstein. Alles. Für die gesamte Welt. Ohne diese Basis in Deutschland würde das alles nicht funktionieren, was von den USA kriegsgerichtet gesteuert wird. Es ist das Epizentrum (Ramstein) aller Informationsflüsse für die Überseeoperationen der USA.“

Deutschen Politikern ist es dennoch strikt untersagt, die militärischen Einrichtungen der Alliierten auch nur zu inspizieren, geschweige denn, konkrete Untersuchungen zu veranlassen und dies, obwohl Millionensummen Jahr für Jahr unter Verweis auf Artikel 120 des Grundgesetzes und des Stationierungsabkommens seitens des Deutschen Steuerzahlers als Beiträge zu den Kosten der Stationierung der alliierten Truppen in der Bundesrepublik aufgebracht werden müssen. Letztendlich finanziert der deutsche Steuerzahler aufgrund dessen direkt und indirekt Aggressionskriege der USA und ihrer Verbündeten im großen Stil mit. Aktuell wird intensiv der Ausbau des US-Militärstützpunktes in Ramstein geplant/realisiert.

Anhand der diesbezüglichen Ausführungen zur Funktion/Bedeutung des US-Militärstützpunktes in Ramstein lässt sich erahnen, welchen massiven militärischen Gegenschlägen im Falle eines Krieges mit Russland und seinen Verbündeten alleinig die Bundesrepublik ausgesetzt wäre.

IV.

a)

Ein objektives Bild von den tatsächlichen Ursachen der unsere Zivilisation bedrohenden Entwicklung erhalten Sie jedoch erst, sofern Sie u.a. nachgerückt folgende Dokumente/Strategiepapiere der US-Regierung in Ihre Lageeinschätzung zur Beurteilung der eingangs gestellten Frage einbeziehen. Hierzu nur einige, wenige Ausführungen/Beispiele:

- Bereits die von US-Präsident Jimmy Carter erlassene Doktrin für den Mittleren Osten beinhaltet, **dass jeder Versuch einer auswärtigen Macht, die Kontrolle über den Persischen Golf zu erlangen, als Angriff auf die zentralen Interessen der USA betrachtet wird und „...mit allen erforderlichen Mitteln, einschließlich militärischen, zurückgeschlagen wird.“**
- Die strategischen Absichten/Herrschaftsansprüche der USA werden besonders deutlich im sogenannten Seidenstraßen Strategiesatz (*Silk Road Strategy Act* oder auch *New Great*

Game), dass „zufälliger Weise“ wenige Tage vor dem Jugoslawienkrieg, am 7. März 1999, dem US-Repräsentantenhaus zur Verabschiedung vorgelegt wurde. Ziel der USA war es bereits damals, einen militärisch abgesicherten breiten Korridor vom Mittelmeer bis nach Zentralasien zu beherrschen. Teil der Planung war und ist u.a., die ehemaligen Sowjetrepubliken, wie Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan für eine weitere Optimierung der militärischen Einkreisung Russlands, auch unter Anwendung von ökonomischen, geheimdienstlichen und militärischen Optionen für ihre antirussischen Pläne zu gewinnen/vereinnahmen.

- Explizit wurde die aktuelle Ausrichtung der hegemonialen Politik der USA in dem Dokument „Joint Vision 2020“ definiert. Inhaltlich wurde das Strategiepapier zwischen der US-Regierung und dem Verteidigungsministeriums am 30.5.2000 abgestimmt und veröffentlicht. Es ist das Fundament der US-amerikanischen Militär- und Außenpolitik für ihre zukünftigen Zielvorgaben bis 2020, sowohl materiell/waffentechnisch als auch ideologisch. Vorläufer war das Strategiepapier „Joint Vision 2010“. Beide Strategiepapiere basieren, ihren geistigen Vätern folgend, auf grundlegenden Erfahrungen in global geführten militärischen Einsätzen und bringen unmissverständlich zum Ausdruck, dass die Streitkräfte der Vereinigten Staaten, alle Arten verdeckter und offener Einsätze beherrschen müssen, wobei dem Kampfeinsatz die absolute Priorität eingeräumt wird, um die hegemoniale Vorherrschaft der USA global zu sichern.
- Bereits im Februar 1992 wurde u.a. von Paul D. Wolfowitz als damaligen Staatssekretärs des Pentagon für Politik und später als Vize-Verteidigungsminister und als Sicherheitsberater des ehemaligen Vizepräsidenten Dick Cheney das Papier „Defense Planning Guidance“ verfasst und veröffentlicht, in dem es u.a. heißt:

„Unser erstes Ziel ist es, das Entstehen eines neuen Rivalen, ob auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo, zu verhindern, der eine Bedrohung ähnlicher Ordnung, wie die frühere Sowjetunion darstellen könnte. Dieser Gedanke bestimmt grundlegend die neue regionale Verteidigungsstrategie, die erfordert, dass wir jegliche feindliche Macht daran hindern, eine Region zu beherrschen, deren Ressourcen, sofern unter ihrer korrekten Kontrolle, ausreichen würden, eine neue Großmacht zu werden.“

Im Weiteren wird gefordert, dass hochentwickelte Industriestaaten (auch die BRD) von jedem Versuch abzuhalten sind, die amerikanische Vormachtstellung/Führungsrolle oder bestehende politische und wirtschaftliche Ordnungen in Frage zu stellen und alle Mechanismen aufrecht zu erhalten, um mögliche Konkurrenten die Hoffnung auf eine größere regionale oder globale Rolle zu nehmen. (Dieses Prinzip entsprach fast deckungsgleich dem des britischen Empires in seinem über Jahrhunderte währenden Kampf um die globale, militärische und ökonomische Vorherrschaft.)

- Das am 4. Dezember 2014 erlassene Gesetz H. Res. 758 (im Zusammenhang mit der Entwicklung in der Ukraine/Krim) wurde vom amerikanischen Kongress mit überwältigender Mehrheit verabschiedet. Es fordert den US-Präsidenten auf, eine Überprüfung der Wehrfassung, Bereitschaft und der Kompetenzen der Streitkräfte der USA und der anderen NATO-Mitgliedstaaten durchzuführen, um jederzeit entscheiden zu können, ob die Beiträge

und das Vorgehen jedes einzelnen Landes ausreichend sind, um den Verpflichtungen der kollektiven Selbstverteidigung nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags nachzukommen und gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen, um alle Defizite zu beseitigen. (In diesem Kontext erklärt sich auch die aktuelle militärische Aufrüstung der Bundeswehr und die diffusen Erklärungen zu ihrer Wehrhaftigkeit und die aktuell erklärte Aufstockung des Militäretats der Bundeswehr um weitere 20 Milliarden Euro).

b)

Zur Umsetzung der sich aus den vorgenannten Dokumenten ergebenden US-dominierten Zielen würden im Kriegsfall auch deutsche Tornado-Piloten im Rahmen der NATO-Strategie der sogenannten „Nuklearen Teilhabe“ Angriffe mit US-Atombomben gegen den Kriegsgegner/Russland fliegen. Das US-Militär befindet sich bereits in einer umfassenden, seit mehreren Jahren geplanten Modernisierung – auch ihres Atomwaffenarsenals. *„Mit den neuen Bomben verwischen die Grenzen zwischen taktischen und strategischen Atomwaffen“*, kritisiert u. a. der Atomwissenschaftler Hans Kristensen vom *Nuclear Information Projects* in Washington diese aktuelle Entwicklung. Von der Modernisierung sind auch die auf deutschem Territorium gelagerten US-Atomsprenköpfe betroffen, ohne dass hierauf adäquat seitens der Bundesregierung reagiert wird. Aktuell wird die Anschaffung von weiteren Kampffjets US-amerikanischer Produktion als Trägerelement für Atombomben in Erwägung gezogen und umgesetzt.

Dies obwohl der Bundestag bereits im März 2010 mit großer Mehrheit beschlossen hat, dass die Bundesregierung sich „gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzt“. Im Koalitionsvertrag von Union und FDP hatte die Bundesregierung 2009 den Abzug der Atomwaffen aus Büchel zum erklärten Ziel ihrer Koalition erklärt. Die Ergebnisse hierzu sind Ihnen bekannt („0“). Die außenpolitische Agenda unter dem 45. US-Präsidenten lässt vermehrt Stimmen aufkommen, die eine atomare Bewaffnung der EU-Staaten und somit auch Deutschlands einfordern und letztendlich den bereits bestehenden Status Quo in dieser Frage zementieren. Die bisher geleugneten militärischen Ambitionen nach Atomwaffen erhalten auf wundersame Weise nunmehr eine vermeintliche Legitimation/Notwendigkeit.

In einem geheimen Strategiepapier des Verteidigungsministeriums der BRD wird unter Zugrundelegung der „neuen Bedrohungslage“ die personelle und materielle Aufstockung/Aufrüstung gefordert.

In der ZDF-Sendung „Frontal 21“ – ausgestrahlt am 15. Mai 2017 – wurde unter Zugrundelegung des aktuellen Strategiepapiers des Verteidigungsministeriums nachgewiesen, dass die Bundesregierung darauf setzt, mehr Verantwortung für internationale Lufteinsätze unter deutscher Führung zu übernehmen.

Geplant und umgesetzt wird eine Verdoppelung der Panzereinheiten, die Bereitstellung von 15 schwimmenden Plattformen für die Seestreitkräfte, um sich für einen dreidimensionalen Krieg zu wappnen.

Zusätzlich werden 2 neue U-Boote, 3 neue Flottendienstboote, 4 Mehrzweckkampfschiffe und 5 Korvetten für die Seestreitkräfte der Bundesrepublik Deutschland angeschafft werden.

In Planung befindet sich ein Next Generation Weapon System, um die Fähigkeiten für Luftangriffe zu erhöhen.

Eurofighter sollen durch neue Kampffjets ersetzt werden. Begründet wird die Aufrüstung in der BRD und letztendlich in allen NATO-Mitgliedstaaten mit der veränderten Bedrohungslage – ausgehend von Russland, dem Ukraine-Konflikt usw.

Unter dem Deckmantel der kollektiven Abschreckung der NATO-Mitgliedstaaten werden die aktuellen Rüstungspläne in allen NATO-Mitgliedstaaten – einschließlich der USA – begründet.

Massiv wird um Rekruten für die Bundeswehr geworben, um personelle Engpässe auszugleichen.

Es ist bezeichnend, dass diese Pläne nicht offen diskutiert werden, sondern dem Souverän/Steuerzahler vorenthalten werden, obwohl es um seine ureigensten Sicherheitsinteressen geht. Diese Ausführungen zeigen auf, mit welcher Zielstrebigkeit/Akribie die weitere Militarisierung - nicht nur in der BRD, sondern in Abstimmung mit allen NATO-Mitgliedsstaaten - vorangetrieben wird. Dieses Geheimpapier wird nicht das Einzige sein, das in diesem Kontext existiert und sich in Planung/Umsetzung befindet.

28 NATO-Mitgliedsstaaten rüsten ihr Militär seit Jahren massiv auf, um der vermeintlichen militärischen Bedrohung ausgehend von Russland und China entgegen zu wirken. Stellt man jedoch die Rüstungsausgaben Russlands und Chinas denen aller NATO-Mitgliedsstaaten gegenüber, so wird ein unübersehbares militärisches Ungleichgewicht zu Gunsten der NATO offenkundig.

Der militärisch-industrielle Komplex in den NATO-Mitgliedsstaaten hat Hochkonjunktur und lässt die eigenen Aktienkurse vehement in die Höhe schnellen zu Lasten aller Steuerzahler.

Vor 9/11 befand sich die NATO aufgrund des Wegfalls des Feindbildes „Warschauer Vertragsstaaten“ in einer Sinnkriege und es wurde öffentlich über die neue Rolle der NATO in der Welt, bis hin zu deren Auflösung diskutiert. Mit 9/11 änderte sich die Diskussion grundlegend und es begann eine Phase völkerrechtlicher Verbrechen auf breiter Front, die bis zum heutigen Tage anhält.

V.

Das Selbstverständnis der neokonservativen Akteure der US-Außenpolitik – primär gegenüber Deutschland und Russland – fasste der Ihnen bekannte George Friedmann – Chef des US-Think-Tanks Stratfor – u.a. wie folgt zusammen.

Zitat:

„Das Hauptinteresse der US – Außenpolitik, während des letzten Jahrhunderts, im ersten und zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Vereint sind sie die einzige Macht die uns bedrohen kann [...] Letzte Woche oder vor 10 Tagen war der Oberbefehlshaber der US- Armee im Europe General Ben Hodges zu Besuch in der Ukraine. Er kündigte dort an, dass die US Ausbilder in die Ukraine demnächst offiziell kommen werden und nicht nur inoffiziell. Er hat dort tatsächlich Orden an die ukrainischen Kämpfer verteilt, obwohl es gegen das militärische

Protokoll ist, das Soldaten Orden von fremden Armeen annehmen. Doch er tat das, weil er damit zeigen wollte, dass die ukrainische Armee seine Armee ist.

Dann ging er weg und verkündete in den Baltischen Staaten, dass die Vereinigten Staaten Panzer, Artillerie und andere militärische Ausrüstung in die Baltischen Staaten, Rumänien, Polen und Bulgarien in Stellung bringen würden. Das ist ein sehr interessanter Punkt und gestern haben die Vereinigten Staaten angekündigt, dass sie vorhaben Waffen in die Ukraine zu liefern. Das wurde in der Nacht dementiert, aber sie tun das, die Waffen werden geliefert.

Und bei all diesen Handlungen agieren die Vereinigten Staaten außerhalb des Rahmens der NATO. Weil NATO-Entscheidungen von allen NATO-Mitgliedern einstimmig getroffen werden müssen und jedes Land ein Veto einlegen kann. Die Türken machen das jetzt schon aus Jux.

Der Punkt bei der ganzen Sache ist, dass die USA einen Cordon Sanitaire, einen Sicherheitsgürtel um Russland herum aufbauen. Und Russland weiß das. Russland glaubt die USA beabsichtigen die russische Förderration zu zerschlagen. Ich denke wir wollen sie nicht töten, sondern Ihnen nur ein wenig wehtun. [...]

Die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die Ozeane und des Weltalls ist die Grundlage unserer Macht. Der beste Weg eine feindliche Flotte zu besiegen, ist zu verhindern, dass diese gebaut wird. Der Weg den die Briten gegangen sind, um sicherzustellen, dass keine europäische Macht die Flotte bauen konnte, ist, dass die Europäer einander bekämpften. [...]

Wir sind noch nicht einmal bereit für das 3. Kapitel des Buches. Die Frage die sich jetzt für die Russen stellt, werden sie die Ukraine wenigstens als eine neutrale Pufferzone erhalten oder wird der Rest des Westens soweit in die Ukraine vordringen, das er nur noch 100 km von Stalingrad und 500km von Moskau entfernt ist. Für Russland ist der Status der Ukraine eine existenzielle Bedrohung und die Russen können das nicht ignorieren. Wie weit werden die USA gehen, falls Russland sich weiterhin an die Ukraine klammert. Es ist kein Zufall, dass der General Hodges, der ernannt wurde um für all dies gerade zu stehen davon spricht Truppen in Rumänien, Bulgarien, Polen und den Baltischen Staaten in Stellung zu bringen [...]"

George Friedmans Erklärungen und die einer Vielzahl seiner Kollegen in gleichen/ähnlichen Kontext bestätigen erneut die Notwendigkeit, die geschichtlichen Ereignisse – insbesondere des 1. und 2. Weltkrieges einer wissenschaftlich unabhängigen Analyse zu den Ursachen dieser Heimsuchungen zu unterziehen, wobei der Stellung Großbritanniens und der USA sowie dem globalen Finanz- und Großkapital eine besondere Aufmerksamkeit zukommen muss.

VI.

Nunmehr noch einige wenige Ausführungen zur Strategie Russlands als Antwort auf eine sich verdichtende militärische Konfrontation zwischen der NATO/Ukraine und Russland und seinen Verbündeten.

Am 26. April 2017 hat Generalleutnant Viktor Poznihir auf der internationalen Sicherheitskonferenz in Moskau als stellvertretender Chef der Hauptoperationsabteilung der russischen Streitkräfte mitgeteilt, dass das Operationskommando des russischen Generalstabes zu der Feststellung gekommen ist, dass die USA/Washington einen atomaren Erstschlag gegen Russland vorbereitet.

a)

Hochrangige russische Politiker, Militärs und Militäranalysten gehen nach genauer Analyse der sich verändernden militärischen globalen Gesamtsituation davon aus, dass es in Washington, Brüssel und Anderorts einflussreiche Gruppierungen gibt, die aktuell für einen Atomschlag primär gegen Russland plädieren. Aufgrund dessen liegen bereits aktualisierte Pläne für einen präventiven Nuklearschlag gegen Russland nach neuesten Erkenntnissen vor. **Aufgrund dessen ließ das Ministerium der Russischen Föderation für Zivilschutz (EMERCOM) verlautbaren, dass alle Luftschutzkeller und Untergrundschutz-einrichtungen Moskaus für die Evakuierung der Bevölkerung im Falle eines nuklearen Angriffs vorbereitet sind und in der Lage, die gesamte Bevölkerung der Hauptstadt aufzunehmen. Weiterhin wurde mitgeteilt, dass das Ministerium die gesetzlichen Rahmenbedingungen überarbeitet und auf dem neuesten Stand gebracht hat sowie alle verfügbaren Alarmsysteme.** (Vergleichbare offizielle Verlautbarungen zum Schutz der deutschen Bevölkerung im Falle eines Krieges mit Russland gibt es bisher nicht).

Abschließend sei noch an das Völkerrecht erinnert und auf eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts verwiesen, das in einer richtungsweisenden Entscheidung (2. Wehrdienstsenat vom 21. Juni 2005 BVerwG 2 WD 12.04) folgende Feststellung zum Irakkrieg 2003 ff. zur Grundlage seiner Entscheidungsfindung getroffen hat:

„Nach den vom Senat getroffenen Feststellungen steht fest, dass die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit diesem am 20. März 2003 begonnenen Krieg insbesondere die Zusage machte und erfüllte, den USA und dem UK für den Luftraum über dem deutschen Hoheitsgebiet "Überflugrechte" zu gewähren, die Nutzung ihrer "Einrichtungen" in Deutschland zu ermöglichen sowie für den "Schutz dieser Einrichtungen" in einem näher festgelegten Umfang zu sorgen; außerdem hatte sie im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg dem weiteren Einsatz deutscher Soldaten in AWACS-Flugzeugen "zur Überwachung des türkischen Luftraums zugestimmt". Gegen die völkerrechtliche Zulässigkeit dieser Unterstützungsleistungen bestehen gravierende rechtliche Bedenken [...].“

Zu Recht verweist in diesem Zusammenhang das Bundesverwaltungsgericht auch auf den Schutz von US-Militärstützpunkten seitens der Bundeswehr auf deutschem Hoheitsgebiet. Die Bundesrepublik Deutschland hat offiziell 2003 ca. 3000 Bundeswehrsoldaten abgestellt mit dem Befehl, US-amerikanische Militärobjecte auf deutschem Hoheitsgebiet vor terroristischen Anschlägen zu bewachen/zu schützen und hat somit zugleich personelle Kapazitäten der US-Armee für ihren Aggressionskrieg im Irak freigesetzt (völkerrechts-widrig).

Das Bundesverwaltungsgericht führte weiterhin in seiner Urteilsbegründung aus:

„Ein Verstoß gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot kann nicht ohne weiteres deshalb verneint werden, weil die Regierung der Bundesrepublik Deutschland öffentlich wiederholt zum Ausdruck gebracht hatte (vgl. u.a. Erklärung von Bundeskanzler Schröder am 19 März 2003, 15. WP, 34. Sitzung, Verh. des Deutschen Bundestages, Bd. 216 S. 2727 C), "dass sich deutsche Soldaten an Kampfhandlungen nicht beteiligen werden".

Unterstützung zu einer völkerrechtswidrigen Militäraktion kann nach herrschender Rechtsprechung demnach nicht nur durch die militärische Teilnahme an Kampfhandlungen erfolgen, sondern auch auf eine andere Art und Weise. Ein völkerrechtliches Delikt kann durch

ein Tun oder - soweit eine völkerrechtliche Pflicht zu einem Tun besteht - durch Unterlassen begangen werden. (vgl. dazu u.a. von Münch, Das völkerrechtliche Delikt, 1963, S. 134 m.w.N.).

Dies gilt sowohl für die Hindurchführung von Truppen, Munitions- oder Verpflegungskolonnen (Art. 5 Abs. 1 i.V.m. Art. 2 V. HA; Nr. 1115 ZDv 15/2: Truppen- oder Versorgungstransporte dürfen auf neutralem Staatsgebiet „nicht stattfinden“; Heintschel von Heinegg in Horst Fischer/Ulrike Froissart/Wolff Heintschel von Heinegg/Christian Raap<Hrsg.>, Krisensicherung und Humanitärer Schutz - Crisis Management and Humanitarian Protection, Festschrift für Dieter Fleck, 2004, S. 221 [226]) als auch für die Einrichtung oder Nutzung einer „funkentelegraphischen <,radiotélégraphique>“ Station oder sonst irgend eine(r) Anlage, die bestimmt ist, einen Verkehr mit den kriegführenden Land- oder Seestreitkräften zu vermitteln“ (Art. 5 Abs. 1 i.V.m. Art. 3 Buchst. a) und b) V. HA). Den Konfliktparteien ist es weiterhin „untersagt, mit Militärluftfahrzeugen, Raketen oder anderen Flugkörpern in neutralen Luftraum einzudringen“ (Nr. 1150 ZDv 15/2 unter Bezugnahme auf Art. 40 der Haager Regeln des Luftkrieges vom 19. Februar 1923 (HLKR - Teil 14 der ZDv 15/3); Bothe, AVR 2003, 255 [267]). Im Verhältnis zu einer Konfliktpartei, die den Verboten der Art. 1 bis 4 V. HA zuwiderhandelt, im Sinne des V. HA Territorium eines neutralen Staates mithin als Basis für militärische Operationen im weitesten Sinne nutzt, ist der „neutrale Staat“ zum aktiven Tätigwerden und damit zum Einschreiten verpflichtet, um die Neutralitätsverletzung zu beenden (vgl. dazu u.a. Nr. 1109 ZDv 15/2 unter Bezugnahme auf Art. 5 V. HA sowie Art. 2, 9 und 24 XIII. HA; Bothe, ebd.; Heintschel von Heinegg in Festschrift für Dieter Fleck, a.a.O., S. 224).

Eine Beihilfe zu einem völkerrechtlichen Delikt ist ebenfalls eine völkerrechtlich strafbare Handlung.

In diesem Kontext sei darauf verwiesen, dass das Bundesverwaltungsgericht letztendlich zu der rechtlichen Beurteilung kam, dass von den „... völkerrechtlichen Verpflichtungen die Bundesrepublik Deutschland im Falle des am 20. März 2003 begonnenen Krieges, gegen den gravierende völkerrechtliche Bedenken bestehen, nicht dadurch freigestellt wurde, dass sie Mitglied der NATO war und ist, der auch die Kriegführenden USA und das UK (sowie weitere Mitglieder der Koalition) angehören.“

Ein gegen die UN-Charta verstoßender Angriffskrieg eines NATO- Staates oder eine permanente Provokation von Drittstaaten auf die vom vermeintlichen Gegner adäquat reagiert wird, kann mithin selbst durch die Ausrufung des „NATO-Bündnisfalles“ nicht zu einem Verteidigungskrieg werden.

Diese Tatsache/Feststellung ist aktuell für alle politischen, militärischen und geheimdienstlichen Entscheidungen von erstrangiger Bedeutung im Rahmen Ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit.

Alle Strafanzeigen gegen die Kriegsbefürworter nach dem Jugoslawienkrieg und den Militäreinsätzen gegen die „Achse des Bösen“ hatten bisher keine rechtlichen Konsequenzen, z.B. gegen den ehemaligen US-amerikanischen Präsidenten G. Bush und dem ehemaligen britischen Premier Tony Blair.

Aus völkerrechtlicher Sicht werden Kriegshandlungen des u. a. von den USA und ihrer Verbündeten im Nahen/Mittleren Osten geduldeten, finanzierten und direkt/indirekt

ausgebildeten global agierenden Terrorismus', u. a. in Gestalt des IS, nicht anders zu beurteilen sein. Es muss daher jedem Entscheidungsträger, der indirekt oder direkt terroristische Organisationen unterstützt, bewusst sein, dass er völkerrechtswidrig handelt, indem er mittels eines Geflechts von Personen, die sich aus unterschiedlichen Motiven heraus zu den Kriegshandlungen/ Kriegsverbrechen ihrer verdeckt agierenden Dienstherrn bereit erklärt.

Sehr geehrte Damen und Herren Bundestagsabgeordnete,

es gäbe noch Vieles zu sagen. Unsere Zivilisation steht aktuell an einem Scheideweg, wo jeder für sich - und dies in Kenntnis der Ursächlichkeit von Kriegen - entscheiden muss, ob er den wahrhaftigen Weg zum Frieden geht, der u.a. mit gravierenden Veränderungen unseres Finanz- und Wirtschaftssystems verbunden wäre, einhergehend mit einer wissenschaftlichen Aufarbeitung unserer zivilisatorischen Geschichte und somit unserer Gegenwart oder den heuchlerischen Weg, der Frieden verspricht, in Wahrheit jedoch ein Wegbereiter eines teuflischen Plans derer ist, für die ein Menschenleben oder eine Milliarde Menschen und mehr nichts zählen, sondern lediglich der eigene Maximalprofit, vernebelt von einer obskuren Weltanschauung und einem religiösen Fanatismus.

„Give Peace a Chance“

Die aktuellen Ereignisse, wie z.B. die Bewältigung der Corona-Pandemie, die unverhältnismäßige Einschränkung der Grundrechte, die Entwicklung im Bereich der Börsen/der Spekulation, der Niedergang des Bildungssystems (es fehlen 35.000 Lehrer und noch mehr Erzieher), die erweiterte Sanktionspolitik gegen Russland, China, Iran, Weißrussland, Venezuela sowie die Entwicklung in Libanon, der eskalierende Konflikt der NATO-Mitglieder Türkei und Griechenland/Frankreich u.v.m. sind weitere Anzeichen einer auf Eskalation zusteuernenden Entwicklung mit unvorhersehbaren Konsequenzen für unsere Zivilisation bis hin zu einem 3. Weltkrieg.

Noch gibt es ein kleines Zeitfenster sich dieser drohenden Gefahr entgegenzustellen und dies bedarf einer Politik der Aussöhnung, der Achtung Andersdenkender, der friedlichen Koexistenz zwischen souveränen Staaten und Staatengruppen und der Bekämpfung des „Krebsgeschwürs“, das unserer Zivilisation befallen hat, das Gier und Neid erzeugt und die wahren universell geltenden Grundfeiler unserer Existenz verdeckt und negiert.

Nutzen wir gemeinsam und parteiübergreifend diese noch bestehende Chance im Verbund mit allen souveränen Staaten zum Erhalt einer friedlichen Zukunft für die Schöpfung auf unserem Planeten Erde.

Mit freundlichen Grüßen


Frank Schöne